

Deutschland unterwegs – von einem Gastarbeiterland zu einem modernen Einwanderungsland

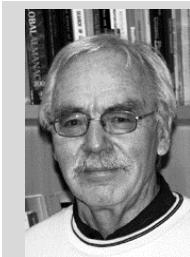
Rainer Geißler

Zusammenfassung

Seit sechs Jahrzehnten ist Deutschland dabei, sich von einem Gastarbeiterland über ein Zuwanderungsland wider Willen zu einem modernen Einwanderungsland zu entwickeln. Eine Hypothek aus der Gastarbeiterphase ist die tendenzielle Unterschichtung der deutschen Sozialstruktur durch Migranten. Sie bereitet bei der Integration erhebliche Probleme.

In den letzten fünfzig Jahren sind Migranten und Migrantinnen zu einem wichtigen Bestandteil der deutschen Sozialstruktur geworden. 1960 lebten erst knapp 700.000 Ausländer in der Bundesrepublik. Dazu kamen noch knapp 400.000 deutschstämmige Aussiedler aus der damaligen Sowjetunion und anderen Ländern Ost- und Südosteuropas. Beide Gruppen zusammen machten nur etwa 2% der bundesdeutschen Bevölkerung aus. Nach der letzten Volkszählung, dem Zensus 2011, leben in Deutschland im Jahr 2011 knapp 6 Millionen Ausländer und weitere 9 Millionen sog. Deutsche mit Migrationshintergrund, wie sie in den offiziellen Statistiken heißen. Dazu gehören (Spät-)Aussiedler, eingebürgerte ehemalige Ausländer sowie in Deutschland geborene Deutsche mit mindestens einem Elternteil, der zugewandert oder in Deutschland als Ausländer geboren ist. Die Migrantinnen und Migranten – so werde ich die 15 Millionen Personen mit Migrationshintergrund der sprachlichen Einfachheit halber ab und zu nennen – stellen heute 19% der Bevölkerung Deutschlands. Das multi-ethnische Segment der deutschen Sozialstruktur hat sich also fast verzehnfacht.¹ Und es ist absehbar, dass es sich in den beiden nächsten Jahrzehnten weiter vergrößern wird.

Die Migranten sind nicht gleichmäßig auf die Bundesrepublik verteilt, sondern konzentrieren sich auf die alten Bundesländer und dort wiederum auf Großstädte und



Prof. em. Dr. Rainer Geißler
Lehrt Soziologie an der Universität Siegen

industrielle Ballungszentren. In den neuen Ländern (ohne Berlin) leben 2011 nur knapp 500.000 der 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund (knapp vier Prozent der Wohnbevölkerung) im Vergleich zu 13,7 Millionen (21,4 Prozent der Wohnbevölkerung) in Westdeutschland (ohne Berlin). Ostdeutschland ist eine weitgehend mono-ethnische Gesellschaft geblieben.

1. Phasen der Geschichte von Migration und Integration

Die deutsche Nachkriegsgeschichte von Migration und Integration lässt sich recht klar in vier Phasen unterteilen: in die Gastarbeiterphase (1955-1973), die Phase der ersten Integrationsversuche (1973-1981), die Abwehrphase (1981-1998) und die Akzeptanzphase (ab 1998).

Gastarbeiterphase (1955-1973)

Die Jahre 1955 bis 1973 markieren die Periode der Gastarbeiterphase, die man auch „Anwerbephase“ nennen kann. Um ihren Arbeitskräftebedarf zu decken, warb die aufblühende westdeutsche Wirtschaft Menschen aus den Mittelmeer-Ländern an und schloss entsprechende Abkommen mit Italien (1955), Spanien und Griechenland (1960), der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968) ab. Wie begehrt und hochwillkommen Ausländer seinerzeit in Deutschland waren, macht das folgende Ereignis deutlich: Die zweimillionste Gastarbeiterin, eine Jugoslawin, wurde 1972 in München vom Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit und vom bayrischen Arbeitsminister mit Sekt und Blumen begrüßt und mit einem tragbaren Fernsehgerät beschenkt.

Die zuständigen deutschen Stellen, die Entsendeländer und nicht zuletzt die Betroffenen selbst gingen anfangs vom so genannten Rotationsprinzip aus: Die angeworbenen Arbeitnehmer sollten nach einigen Jahren in ihre Herkunftsländer zurückkehren und – bei Bedarf der deutschen Wirtschaft – durch neue Gastarbeiter ersetzt werden. Die große Mehrheit hielt sich in diese Regelung. So kamen zwischen 1955 und 1973 circa 14 Millionen Ausländer in die Bundesrepublik, und etwa elf Millionen kehrten wieder in ihre Heimat zurück (Bade 1994, 19).

Erste Integrationsversuche (1973-1981)

Ölkrise, Wirtschaftsrezession und drohende Arbeitslosigkeit veranlassten die Bundesregierung im Jahr 1973, einen bis zum Jahr 2000 gültigen Anwerbestopp zu verhängen. Damit wurde eine Phase der Konsolidierung und ersten Integrationsversuche eingeleitet. Obwohl die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer von 2,6 Millionen im Jahr 1973 innerhalb von drei Jahren unter die Zwei-Millionen-Grenze sank und diese erst in den 1990er-Jahren wieder überschritten wurde, nahm die ausländische Wohnbevölkerung durch Familiennachzug und hohe Geburtenraten weiter zu (Familiemigration).

Gleichzeitig wiederholte sich in Deutschland ein Phänomen, das die Schweiz bereits zwei Jahrzehnte vorher erfahren hatte; der Schweizer Schriftsteller Max Frisch hat es auf die einprägsame Formel gebracht: „Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es

kommen Menschen.“ Es wurde deutlich, dass das rein ökonomisch gedachte Rotationsprinzip die menschlichen Aspekte der Arbeitsmigration außer Acht gelassen hatte. Die angeworbenen MigrantInnen wurden immer häufiger von kurzfristigen „Gastarbeitern“ zu länger verweilenden Arbeitnehmern oder auch bleibewilligen Einwanderern. Die deutsche Gesellschaft stand damit vor der Herausforderung, den bleibewilligen Teil der ArbeitsmigrantInnen einzugliedern. Die sozialliberale Regierung trug dieser Aufgabe Rechnung, indem sie 1978 das Amt des Integrationsbeauftragten – die genaue Bezeichnung lautete „Beauftragter der Bundesregierung für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen“ – einrichtete und mit Heinz Kühn, einem prominenten ehemaligen Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, besetzte. Kühn – er wird heute meist fälschlicherweise als „Ausländerbeauftragter“ bezeichnet – verfasste ein Jahr nach Amtsantritt ein beeindruckendes Memorandum zur Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien. Wer es heute liest, meint, es sei gestern geschrieben worden. So heißt es dort z.B.: „Den (vermutlich in großer Zahl) bleibewilligen Einwanderern, namentlich der zweiten und dritten Generation, muss das Angebot einer vorbehaltlosen und dauerhaften Integration gemacht werden ... Bereits jetzt haben gravierende Bildungs- und Ausbildungsnachteile einen großen Teil der ausländischen Jugendlichen in eine Außenseiterrolle gedrängt, die nicht nur für den Einzelnen schwerste persönliche Probleme schafft, sondern auch bereits in den Kriminalstatistiken evident wird.“ Es müsse mehr Geld für Bildung und Ausbildung der jungen Ausländer ausgegeben werden. Wenn dies nicht geschehe: „Möglicherweise werden dann anstelle eines Lehrers zwei Ordnungskräfte notwendig.“ Allerdings blieb Kühn ein ungehörter Rufer in der Wüste.

Abwehrphase (1981-1998)

Mit dem Beginn der 1980er-Jahre wurde ein neues, bis heute andauerndes Migrationsphänomen offensichtlich: die Anziehungskraft Deutschlands für Asylsuchende aus den Krisengebieten der europäischen und außereuropäischen Welt, wo Krieg, Elend und Unterdrückung herrschen. 1980 verdoppelte sich die Zahl der Asylbewerber gegenüber dem Vorjahr und überstieg mit 108.000 erstmals die 100.000-Linie. Die Politiker reagierten darauf mit einer Wende in der Ausländerpolitik: Die zaghaften Integrationsbemühungen Ende der 1970er-Jahre schlugen um in „ein Rennen nach einer Begrenzungs politik“ (Meier-Braun 1995, 17). Der Konsolidierungsphase mit ersten Integrationsversuchen folgte eine fast zwei Jahrzehnte dauernde „Abwehrphase“.

Dabei geriet die Integration der ArbeitsmigrantInnen immer mehr in Vergessenheit, obgleich die stille Metamorphose vom Gastarbeiter zum Einwanderer kontinuierlich voran schritt. Umfragedaten zeigen, dass immer mehr Zuwanderer aus den ehemaligen Anwerbeländern ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland gefunden hatten und sich darauf einrichteten, auf längere Zeit oder auch auf Dauer in der Bundesrepublik zu leben. Konkrete Rückkehrabsichten äußerten 2002 nur noch – mit leichten Unterschieden zwischen den ethnischen Gruppen – zwischen 10 und 14%, von der jüngeren Generation unter 25 Jahren lediglich zwischen 1 und 7% (Venema/Grimm 2002, 155f., 206). Von allen ausländischen Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren waren Anfang 2004 bereits 69% in Deutschland geboren (Lagebericht 2005, 316 und 320).

Die Verwandlung der Gastarbeiter zu Einwanderern vollzog sich eher im Stillen, die öffentliche Aufmerksamkeit konzentrierte sich stattdessen auf Asylsuchende und Flüchtlinge. Mit der Krise und dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme nahm

der Zuwanderungsdruck eine neue Qualität an: Zu den Asylsuchenden aus den Armut- und Konfliktregionen der Dritten Welt kamen viele Menschen, die die geöffneten Grenzen im Osten dazu nutzten, den Krisen und dem Krieg in Ost- und Südosteuropa zu entkommen.

Die Zahl der Asylsuchenden stieg zu Beginn der 1990er-Jahre stark an und erreichte 1992 mit 438.000 Antragstellenden den Höhepunkt. Deutschland gehörte zu den bevorzugten Zielen der nach Westeuropa strebenden Menschen, wenn auch die Zahl der Asylsuchenden pro Kopf der Bevölkerung in vielen europäischen Gesellschaften noch höher lag. So kamen zum Beispiel im Gipfeljahr 1992 in Schweden auf 1.000 Bewohner zehn Anträge auf Asyl, in Deutschland lediglich fünf.

Mit der Änderung des Asylrechts durch die „Drittstaatenregelung“ im Jahre 1993 ging die Zahl der Asylsuchenden schlagartig zurück. Sie fiel nahezu kontinuierlich über 71.000 (2002) auf 19.000 im Jahr 2007, steigt aber seitdem wieder an. 2013 wurden 127.000 Anträge auf Asyl gestellt, und vom Januar bis zum Oktober 2014 waren es bereits 158.000 (BAMF 2014).

Im Hinblick auf die Gesamtzahl der Ausländerinnen und Ausländer lässt sich allerdings sagen: Das erneute starke Wachstum von 4,5 Millionen im Jahr 1988 auf 7,3 Millionen im Jahr 1996 ist weniger auf Flüchtlinge, sondern hauptsächlich auf den vermehrten Einsatz ausländischer Arbeitskräfte zurückzuführen. Die Zahl der erwerbstätigen Ausländer nahm zwischen 1987 und 1993 um fast zwei Drittel von 1,8 Millionen auf drei Millionen zu.² Die Arbeitgeber brauchten zusätzliche Arbeitsmigranten und nutzten die Schlupflöcher, die ihnen der Anwerbestopp gelassen hatte. Hinter der Fassade des unrealistischen Dogmas „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ boomte die Ausländerbeschäftigung.

Zusammenfassend lässt sich die Entwicklung wie folgt charakterisieren: Deutschland ist seit den 1960er-Jahren aus ökonomischen, demographischen und humanitären Gründen de facto zu einem Zuwanderungsland geworden – allerdings über zwei Jahrzehnte zu einem „Zuwanderungsland wider Willen“. Die Politik war zu sehr mit Begrenzung und Abwehr befasst und hat es darüber versäumt, ein durchdachtes Konzept zur Eingliederung der Migrantinnen und Migranten zu entwickeln und der deutschen Bevölkerung bei der Bewältigung der Integrationsprobleme zu helfen.

Der Migrationsforscher Klaus J. Bade (1994, 28) beschreibt die Folgen dieser Versäumnisse: „Die lange anhaltende Konzeptions- und Perspektivlosigkeit im Gesamtbereich von Migration, Integration und Minderheiten hatte zweifelsohne beigetragen zur Eskalation ... (von) ... Fremdenangst und schließlich auch Fremdenfeindlichkeit“.

In den 1990er Jahren dürfte das Ignorieren der Integrationsproblematik auf Landes- und Bundesebene auch damit zusammengehangen haben, dass Deutschland durch die über Nacht hereingebrochene Wiedervereinigung eine Integrationsaufgabe von ganz anderen Dimensionen zu bewältigen hatte und immer noch hat. Auf lokaler Ebene – sozusagen „vor Ort“ – hat es in vielen Städten wie z.B. Stuttgart, Frankfurt am Main oder Berlin durchaus große Bemühungen gegeben, die vielen Migranten angemessen am städtischen Leben teilnehmen zu lassen.

Akzeptanzphase (seit 1998)

Der Regierungswechsel von Kohl zu Schröder im Herbst 1998 läutet eine neue Periode ein – ich bezeichne sie als Akzeptanzphase. „Es besteht Einigkeit darüber, dass die Bundesrepublik Deutschland kein Einwanderungsland ist und nicht werden soll“

(BMI 1998, 10). In diese klaren Worte fasst Manfred Kanther, der letzte Innenminister der Regierung Kohl, 1998 das Dogma der Abwehrphase. Kurz danach verspricht Gerhard Schröder in seiner Regierungserklärung „eine entschlossene Politik der Integration ... Die Realität lehrt uns, dass in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten eine unumkehrbare Zuwanderung stattgefunden hat.“ Und unter den Regierungen Merkel wird dieser Weg mit noch mehr Konsequenz und Einfallsreichtum fortgesetzt. „Integration ist eine Schlüsselaufgabe dieser Zeit“ – auf diese Formel komprimiert Angela Merkel das Problem in der Regierungserklärung zu ihrem Amtsantritt im November 2005.

Die Akzeptanzphase beruht auf zwei Grundeinsichten:

1. Deutschland hat Einwanderer aus demographischen und ökonomischen Gründen gebraucht, braucht sie heute und wird sie auch in absehbarer Zukunft brauchen.
2. Wer Einwanderer braucht, muss diese in die Kerngesellschaft integrieren. Wenn dies nicht geschieht, gibt es Probleme und Konflikte.

Diese Grundeinsichten waren bei vielen Migrations- und Integrationsforschern schon seit langen Jahren vorhanden. Sie kamen z.B. im „Manifest der 60 – Deutschland und die Einwanderung“ (Bade 1993) zum Ausdruck – ein von 60 Professoren unterzeichnetes Plädoyer für eine neue Migrations- und Integrationspolitik.

Seit der Jahrtausendwende werden die beiden Grundeinsichten von großen Teilen der politischen Eliten mit durchaus unterschiedlichen Nuancen akzeptiert und in politische Maßnahmen umgesetzt. Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts erleichtert seit 2000 die Einbürgerung und ermöglicht jungen Ausländern durch das „Optionsmodell“ bis spätestens zum 23. Lebensjahr die doppelte Staatsangehörigkeit. Die derzeit regierende Große Koalition hat die Optionspflicht für den überwiegenden Teil der jungen Migranten abgeschafft. Wer in Deutschland sechs Jahre lang eine Schule besucht hat oder eine Schule oder Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen hat, kann Bürger zweier Staaten bleiben. 2005 tritt das erste Zuwanderungsgesetz der deutschen Geschichte in Kraft. Im selben Jahr wird in Nordrhein-Westfalen das erste Integrationsministerium eines Bundeslandes geschaffen und mit Armin Laschet (CDU) besetzt, der ein Jahr später einen „Aktionsplan Integration“ vorlegt. Inzwischen existieren in weiteren sechs westdeutschen Ländern Ministerien oder Senatorenämter, zu deren Amtsbezeichnung das Etikett „Integration“ gehört. 2006 beginnen zwei Serien von bisher acht Islamkonferenzen und sechs Integrationsgipfeln, um – in durchaus nicht unumstrittener Art – Integrationsprobleme auch mit Vertretern der Migranten und ihrer Organisationen zu besprechen. Auf Initiative der Integrationsbeauftragten Maria Böhmer (CDU) entwickelten zahlreiche Arbeitsgruppen mit Vertretern aus Politik und Zivilgesellschaft (darunter auch Migranten) in den Jahren 2006/07 einen „Nationalen Integrationsplan“, dem 2011 ein „Nationaler Aktionsplan“ folgte – beides ebenfalls Premieren in der deutschen Geschichte. Erwähnenswert ist auch der Paradigmenwechsel im öffentlichen Diskurs über Migration und Integration. Aus einem Diskurs über „unerwünschte Ausländer“, in dem das realitätsfremde Dogma „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ dominierte und der Begriff Integration nicht vor kam, ist ein Diskurs über das Wie der als notwendig erkannten Migration und Integration geworden (Geißler 2010a).

2. Eine fast unübersehbare Vielfalt

Das multiethnische Segment ist in sich ausgesprochen vielgestaltig, differenziert und dynamisch. Die verschiedenen Gruppen von Migranten unterscheiden sich nicht nur durch ihre unterschiedlichen ethnokulturellen Wurzeln, sondern auch durch Unterschiede in den Zuwanderungsmotiven, im Rechtsstatus und im Grad der Eingliederung in die Mehrheitsgesellschaft.

(Spät-)Aussiedler

(Spät-)Aussiedler und ihre Familien stellen 2011 mit 4,2 Millionen fast die Hälfte der Migranten mit deutschem Pass. Seit 1950 werden deutschstämmige Zuwanderer aus dem Osten und aus Südosteuropa nicht mehr Flüchtlinge oder Vertriebene genannt, sondern „Aussiedler“, seit 1993 „Spätaussiedler“. Sie sind sog. „deutsche Volkszugehörige“ im Sinne des Grundgesetzes (Art. 116) und erhalten nach ihrer Einreise die deutsche Staatsangehörigkeit.

Aussiedler sind geschichtsträchtige Migranten, sie verbinden das moderne deutsche Einwanderungsland mit seinen lange zurückliegenden Perioden als Auswanderungsland. Fast die Hälfte der (Spät-)Aussiedler (knapp 2,4 Millionen) kommt aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Es sind in der Regel Nachkommen der deutschen Auswanderer, die seit Katharina der Großen – einer deutschen „Heiratsmigrantin“ auf dem russischen Zarenthron (1762–1796) – angeworben worden waren, um unbesiedeltes, aber fruchtbares russisches Land, insbes. an der Wolga („Wolga-Deutsche“), zu kultivieren. Nach dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion wurden sie von Stalin als angebliche Kollaborateure verfolgt und in die asiatischen Teile seines Imperiums vertrieben – insbes. nach Kasachstan und Sibirien. Die zweitgrößte Gruppe – knapp 1,5 Millionen – stellen die deutschen Minderheiten aus Polen, und 430.000 sind Remigranten aus Rumänien. Teile ihrer Vorfahren, z.B. die „Siebenbürger Sachsen“, waren bereits im 12. Jahrhundert vom ungarischen König als Siedler in das Gebiet des heutigen Rumäniens geholt und mit Privilegien ausgestattet worden.

Die Zuzüge unterliegen erheblichen Schwankungen. Polendeutsche siedeln bereits seit den 1950er Jahren in relativ großer Zahl über. Seit Ende der 1990er Jahre ist ihre Zuwanderung so gut wie abgeschlossen. Die Rumäniendeutschen nutzen den Zusammenbruch des kommunistischen Regimes und ziehen insbes. in der kurzen Zeit von 1989–2004 nach Deutschland. Auch die Russlanddeutschen profitieren von der Öffnung des „Eisernen Vorhangs“ im Zuge der Perestroika. Sie wandern als letzte der drei Gruppen ein, seit 1992 stellen sie fast allein das gesamte Kontingent der Spätaussiedler. 2006 ist aber auch ihre Einwanderung so gut wie beendet.

Von den 4,5 Millionen Einwanderern seit 1950 leben 2011 noch 3,2 Millionen in Deutschland. In ihren Familien wurden nach der Einreise in Deutschland eine Million Kinder geboren.³

Arbeitsmigranten

Kräftige Spuren hat die Gastarbeiterphase hinterlassen. 6 Millionen – das sind 38% der Bevölkerung mit Migrationshintergrund – stammen aus früheren Anwerbestaaten. Migranten aus der Türkei (2,9 Millionen), aus den Staaten des früheren Jugosla-

wien (1,4 Millionen) und aus Italien (780.000) besetzen die Spitzenplätze in der Liste mit den größten Migrantengruppen ohne (Spät-)Aussiedler.

Abb. 1: Die größten Migrantengruppen nach Herkunftsländern 2011 (ohne Aussiedler)

Personen mit Migrationshintergrund 2011 (ohne Aussiedler)			
Herkunftsland	insges.	Ausländer	Deutsche
	in 1000	in 1000	in %
Türkei ¹	2929	1721	41
Ex- Jugoslawien ²	1393	1022	27
Italien	780	604	23
Polen	712	392	45
Russische Föderation	422	240	43
Griechenland	392	317	19
Kroatien	360	270	25
Rumänien ³	336	104	69
Kosovo	302	209	31
Serbien	286	224	22
Österreich	282	185	34
Niederlande	229	168	27
Bosnien-Herzegowina	228	171	25
Ukraine	220	157	29
Frankreich	174	118	32
Vietnam	170	96	44
Kasachstan ³	165	55	67
Spanien	160	113	29
Portugal	159	129	19
USA	159	93	42
Vereinigtes Königreich	150	102	32
Marokko	150	59	61
Iran	146	54	63
Afghanistan	145	62	57
Migrationshintergrund insg. (ohne Aussiedler)	11.754	7.191	39

1 davon heute schätzungsweise mindestens 500.000 Kurden (Basar 2003, 83)

2 die Staaten des ehemaligen Jugoslawien; Kroatien, Kosovo, Serbien und Bosnien-Herzegowina sind nochmals separat aufgelistet, weil sie zu den größten Gruppen gehören

3 eventl. einschl. einer nicht quantifizierbaren Zahl von Spätaussiedlern

Quelle: StBA 2012, 60, 100 sowie Auskünfte des StBA zu einigen Herkunftsländern.

Auch die früheren Gastarbeiter und ihre Nachkommen aus Griechenland (knapp 400.000), Spanien (160.000), Portugal (159.000) und Marokko (150.000) gehören zu den größten Einwanderergruppen. Die Angaben für Jugoslawien enthalten auch eine nicht genau quantifizierbare Zahl von Flüchtlingen aus den Kriegswirren beim Zerfall Jugoslawiens, und auch unter den Zuwanderern aus der Türkei sind zahlreiche Flüchtlinge, insbes. Kurden. Eine weitere Million – darunter vermutlich auch ein Teil Heiratsmigranten und –migrantinnen – machen die Einwanderer aus den wichtigsten europäischen Nachbarländern – Österreich, Niederlande, Frankreich und Vereinigtes Königreich – sowie aus den USA aus. Noch mehr – nämlich knapp 1,3 Millionen – sind aus dem postsozialistischen Osteuropa – aus Polen, Rumänien und der Ukraine – zugewandert.

Flüchtlingsgruppen

In den Migrationsstatistiken lässt sich nicht eindeutig erkennen, wie viele der 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund Flüchtlinge sind, aber sie geben dazu einige Hinweise (vgl. Geißler 2014, 279ff.). Der Mikrozensus hat die 15-74jährigen Zuwanderer letztmals 2008 nach dem Hauptgrund ihrer Einwanderung gefragt. Von ihnen geben 570.000 „politische oder humanitäre Gründe, Asyl“ an. Die Angaben sind unvollständig, weil die Jüngeren unter 15 Jahren und die in Deutschland geborenen Kinder der Flüchtlingsfamilien fehlen.

Die Flüchtlinge kommen aus vielen Ländern und Kulturen und unterscheiden sich insbes. auch durch den unterschiedlichen Rechtsstatus:

- Mindestens gut 360.000 sind anerkannte Flüchtlinge mit unbefristeter Aufenthalts- oder Niederlassungsgenehmigung, Arbeitserlaubnis, Rechten auf soziale Sicherung sowie Ansprüchen auf Eingliederungshilfen.
- Etwa 51.000 Flüchtlinge erhielten in den Jahren 2007 und 2008 ein vorläufiges Bleiberecht. Voraussetzung dazu war, dass sie sich mindestens 6–8 Jahre in Deutschland aufgehalten hatten sowie dauerhaft beschäftigt und nicht von staatlichen Unterstützungen abhängig waren. Ende 2013 lebten weitere 43.000 Ausländer in Deutschland, denen der „subsidiäre Schutz“ gegen eine Abschiebung gewährt wird, weil ihnen nach der Ausreise „eine schwerwiegende Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit“ droht.
- Etwa 160.000 sind „geduldete“ – so der rechtliche Ausdruck – Flüchtlinge in höchst prekärer Situation ohne Perspektive: Auf Grund verschiedener rechtlicher Regelungen wird die Ausreisepflicht nicht umgehend durchgesetzt. Ihre Zukunft bleibt im Dunkeln.
- 100.000 Asylbewerber, deren Verfahren am 31.1.2014 noch nicht abgeschlossen war, unterliegen strikten Reglementierungen, die in den letzten Jahren etwas gelockert wurden. Ihre Unterstützung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz wurde 2012 angehoben, weil sie in der bisherigen Form nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht dem in Deutschland rechtlich festgelegten menschenwürdigen Existenzminimum entsprach.

„Illegale“

Als „Illegale“ werden Ausländer bezeichnet, die ohne Genehmigung oder mit gefälschten Papieren eingereist sind oder nach Ablauf ihrer Aufenthaltsgenehmigung nicht ausgereist oder „untergetaucht“ sind. Mit der Ost-Erweiterung der EU im Jahr 2004 dürfte die Zahl der Illegalen kleiner geworden sein, weil sich Migranten aus den neuen Mitgliederstaaten nunmehr legal in Deutschland aufhalten können. Nach einer Schätzung des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts leben 2009 zwischen 138.000 und 330.000 Menschen illegal in Deutschland (BAMF 2012,167). Ihre Lebensbedingungen sind ausgesprochen prekär und belastend. 2011 wurde die Meldepflicht von Schulen und anderen Erziehungseinrichtungen abgeschafft, so dass die „Entdeckungsgefahr“ beim Schulbesuch der Kinder weitgehend verschwunden ist.

3. Sozillage – Lebenschancen – Integration

Starke tendenzielle Unterschichtung

Die Lebenschancen der Migranten werden wesentlich beeinflusst von der starken tendenziellen Unterschichtung der deutschen Sozialstruktur durch Zuwanderer: Migranten sind in den unteren Schichten häufiger und in den höheren Schichten seltener platziert als Einheimische. 2009 gehören gut 15% der Ausländer im Vergleich zu 6% der Deutschen ohne Migrationshintergrund der Unterschicht an; sie bestreiten ihren Lebensunterhalt überwiegend durch staatliche Mindestunterstützung (Sozialgeld, Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe). Weitere 38% leben in Familien von Un- und Angelernten (Deutsche 22%). Die Schichtzugehörigkeit der Deutschen mit Migrationshintergrund ist nicht wesentlich besser als diejenige der Ausländer: 16% leben von staatlicher Mindestunterstützung und weitere 30% in Familien von Un- und Angelernten. Besonders stark betroffen von den Unterschichtungstendenzen sind die Migranten aus der Türkei (Geißler 2014, 290).

Eine Sonderauswertung der Daten von PISA 2006 ermittelt die durchschnittlichen Unterschiede im sozioökonomischen Status zwischen den Familien von Einheimischen und Migranten im europäischen Vergleich (Geißler 2010, 33). Dabei wird deutlich, dass die Statuskluft in Deutschland besonders stark ausgeprägt ist. Unter den 15 wichtigsten Einwanderungsländern der OECD belegt Deutschland zusammen mit Luxemburg den ersten Rang. In einigen europäischen Nachbarländern – Vereinigtes Königreich, Frankreich, Schweden und Norwegen – sind die Statusunterschiede zwischen Einheimischen und Migranten nur etwa halb so groß wie in Deutschland, und in klassischen Einwanderungsländern wie Kanada, Australien und Neuseeland fehlen sie völlig. Die starke tendenzielle Unterschichtung ist eine Hypothek, die uns die frühere Gastarbeiterpolitik, das lange Fehlen einer zukunftsorientierten Migrationspolitik und die damit zusammenhängenden Integrationsversäumnisse hinterlassen haben.

Die starke Unterschichtung beeinträchtigt die Lebenschancen der Migranten in mehreren Bereichen.

Arbeitslosigkeit – Armut

Ausländische Erwerbstätige arbeiten überproportional häufig in krisenanfälligen Branchen (schrumpfendes produzierendes Gewerbe, Stahl und Bau) und in Positionen mit niedrigen Qualifikationsanforderungen. Daher ist ihr Risiko, den Arbeitsplatz zu verlieren und in der Folge unter die Armutsgrenze zu geraten, besonders hoch. 2013 beträgt ihre Arbeitslosenquote 14,4% und liegt um das 2,3-fache über der Quote der Deutschen mit 6,2% (BfA 2014, 33). Ihre relativ niedrigen Einkommen – sie entsprechen denjenigen der Deutschen mit ähnlichen Qualifikationen, eine direkte Lohndiskriminierung besteht also nicht – und die hohen Arbeitsplatzrisiken haben zur Folge, dass viele Migranten an oder unter die Armutsgrenze gedrückt werden. 2010 lebten 32% der Ausländer und 26% aller Menschen mit Migrationshintergrund in relativer Armut (60%-Mediangrenze), von den einheimischen Deutschen waren es 12% (Integrationsbeauftragte 2011, 87).

Bildung und Ausbildung

Bildung ist der Schlüssel zur Integration der Migrantennachkommen. Im allgemeinbildenden Schulwesen konnten die zweite und dritte Generation der Ausländer ihre Bildungsdefizite in den drei letzten Jahrzehnten deutlich vermindern. Aber auch 2012 ist ihr Risiko, auf eine Förderschule für Lernbehinderte überwiesen zu werden oder das Schulsystem ohne Hauptschulabschluss zu verlassen, mindestens doppelt so hoch wie bei Deutschen. Ein hoher Anteil von 33% erwirbt immer noch den Hauptschulabschluss im Vergleich zu 17% der Deutschen. Beim Abitur ist die Situation fast genau umgekehrt: 37% der Deutschen erreichen diesen Abschluss, aber nur 16% der Ausländer.

Abb. 2: Schulabschlüsse von jungen Ausländern 1983-2012 (in Prozent)

		ohne Haupt- schulabschluß	Hauptschul- abschluß	Realschul- abschluß	Fachhoch- schulreife	allg. Hoch- schulreife	Alle Abschlüsse
Ausländer	1983	31	44	19	2	4	100
	1993	19	39	29	4	9	100
	2003	17	36	32	7	9	101
	2012	11	33	38	2	16	100
Deutsche	2012	5	17	40	2	37	101

1983 früheres Bundesgebiet, ab 1993 Deutschland

Quellen: berechnet nach BMBF 2004, 86f., 94f. (1983, 1993) und Angaben des Statistischen Bundesamtes (2003, 2012).

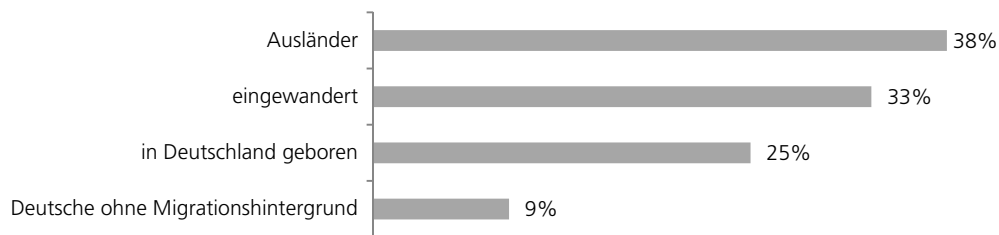
Zwischen den verschiedenen Nationalitäten bestehen erheblich Unterschiede beim Besuch der Sekundarstufe. Von den Schülern der ehemaligen Anwerbeländer gehen im Schuljahr 2011/12 die Kroaten, Slowenen und Spanier am häufigsten auf ein Gymnasium. Bosnier, Griechen und Tunesier liegen im Mittelfeld, während Italiener und Türken zusammen mit den Serben, Mazedoniern und Marokkanern die Schlusslichter bilden. Nicht alle Ausländer sind benachteiligt. So besuchen junge Menschen aus einigen Flüchtlingsländern – aus Vietnam, dem Iran sowie aus Russland und der Ukraine (unter letzteren machen jüdische Einwanderer große Anteile aus) fast so häufig ein Gymnasium wie Deutsche oder sogar häufiger (Geißler/Weber-Menges 2008, 17; Geißler 2014, 300).

Die Unterschiede zwischen Migranten und Einheimischen beim Schulbesuch sind nachweislich auf entsprechende Unterschiede in den Schulleistungen zurückzuführen. Aber die Leistungsunterschiede sind wiederum zu großen Teilen Unterschichtungs-effekte. So schneiden z.B. 15-jährige Einheimische beim Lesen um 96 PISA-Punkte und in Mathematik um 93 Punkte besser ab, als die in Deutschland geborene zweite Generation aus zugewanderten Familien. Das entspricht immerhin dem Lernfortschritt von mehr als zwei Jahren. Vergleicht man dann junge Einheimische und Angehörige der zweiten Generation mit gleichem sozioökonomischem Status, dann halbiert sich die Kluft auf 48 beziehungsweise 45 Punkte, also auf gut ein Jahr Lernfortschritt (OECD 2007, 257).

Die tendenzielle Unterschichtung ist in Deutschland, wie bereits erwähnt, nicht nur besonders stark, sondern ihre Folgen sind hier auch besonders verhängnisvoll. Denn internationale Vergleichsstudien wie PISA, IGLU oder TIMSS zeigen, dass

Deutschland zu denjenigen Gesellschaften der OECD gehört, wo die Schulleistungsunterschiede der Jugendlichen aus verschiedenen Schichten besonders weit auseinanderklaffen.

Abb. 3: 25–34jährige Migranten ohne beruflichen Abschluss oder Hochschulabschluss 2010



Quelle: eigene Grafik nach Daten bei Integrationsbeauftragte 2011, 47.

Alarmierend sind die Probleme der jungen Migranten in der beruflichen Ausbildung. 2010 stehen immer noch 38% der ausländischen 25-34jährigen sowie ein Drittel der 1. Generation, die mit ihren Eltern eingewandert ist, ohne beruflichen Abschluss da. Für viele junge Migranten ist damit der Weg in die Arbeitslosigkeit und Randständigkeit, für einige auch in die Kriminalität vorprogrammiert. Die Situation, die Heinz Kühn bereits vor 35 Jahren diagnostizierte und kritisierte, hat sich bis heute nicht entscheidend verändert.

Kulturelle, soziale und politische Integration

Zu den wichtigen Erkenntnissen der internationalen Identitätsforschung gehört, dass ein großer Teil der Einwanderer bikulturelle, hybride Persönlichkeiten ausbildet. Nach einer repräsentativen Studie der Bertelsmann-Stiftung (2009) versuchen in Deutschland fast Dreiviertel (74%) der Migranten, die Werte und Traditionen ihres Herkunftslandes mit den deutschen zu verbinden. In diesem Zusammenhang ist ein Ergebnis der internationalen Forschung in 12 Ländern – darunter auch Deutschland – wichtig: Bikulturell orientierte Jugendliche sind am besten integriert – erheblich besser als herkunftsorientierte, aber auch besser als assimilierte (Berry u. a. 2006).

Regelmäßige Kontakte zwischen Migranten und Einheimischen gehören inzwischen auch im privaten Bereich zur alltäglichen Normalität. Viele Migranten und Migrantinnen, insbes. unter den Jüngeren, zählen auch Einheimische zu ihren drei engsten Freunden. Bei türkischen und griechischen Migranten ist der Anteil derjenigen, die enge Freundschaften ausschließlich zu Angehörigen der eigenen ethnischen Gruppe pflegen, besonders hoch (Haug 2010, 26ff.).

In der breiten Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung hat die Akzeptanz der Migranten seit den 1980er Jahren über zwei Jahrzehnte langsam, aber nahezu kontinuierlich zugenommen. Nach dem Integrationsbarometer des SVRIM (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Migration und Integration) geben 2010 gut zwei Drittel der Migranten an, keinerlei Benachteiligungen in Schule und Ausbildung, bei der Arbeitssuche und am Arbeitsplatz sowie bei Behörden und Ämtern erfahren zu haben;

mehr als Dreiviertel berichten dasselbe über die Nachbarschaft. Von sehr starken oder eher starken Diskriminierungen berichten 10-11% in Hinblick auf die drei ersten Bereiche und 5% in Hinblick auf die Nachbarschaft, am häufigsten die Einwanderer und deren Nachkommen aus der Türkei. Fast alle fühlen sich in Deutschland sehr wohl (60%) oder eher wohl (35%), damit übertreffen sie sogar noch geringfügig die Einheimischen (93%) (SVRIM 2010, 46ff.).

Eine Minderheit der Deutschen hat weiterhin deutliche Vorbehalte gegenüber den Migranten. Nach einer Langzeitstudie der Friedrich-Ebert-Stiftung ist der Anteil der „Ausländerfeinde“ in Westdeutschland zwischen 2002 und 2012 geringfügig von 24% auf 22% zurückgegangen. In Ostdeutschland ist er allerdings von 30% auf 38% angestiegen (Decker u.a. 2012, 50). Besonders drastisch sind die Ost-West-Unterschiede am rechten gewalttätigen Rand. Der Verfassungsschutz geht weiterhin davon aus, dass die Hälfte der etwa 10.000 gewaltbereiten Rechtsextremisten in den neuen Ländern lebt (BMI o.J., 58).

Seit den 1990er Jahren beginnt allmählich auch die politische Integration der Migranten. Die uneingeschränkten politischen Teilnahmerechte – das passive und aktive Wahlrecht – wird nur den Einwanderern mit deutscher Staatsbürgerschaft gewährt. Bei der Bundestagswahl 2013 hatten gut 9% der Wahlberechtigten einen Migrationshintergrund (Egeler 2013). Dazu gehören alle Aussiedler, sie stellen die größte Gruppe.

Nach dem Beginn der Gastarbeiterphase hat es vier Jahrzehnte gedauert, ehe 1994 die zwei ersten Abgeordneten aus Einwandererfamilien – Cem Özdemir für Bündnis 90/Die Grünen und Leyla Onur für die SPD – in den Bundestag gewählt wurden. 2013 haben nach den Recherchen des Mediendienstes Integration 37 Abgeordnete des neu gewählten Bundestages einen Migrationshintergrund, sie stellen 5,9% aller Parlamentarier.

In den Landesparlamenten sieht es deutlich ungünstiger aus. Von den 1825 Abgeordneten der 16 Landesparlamente stammten 2009 lediglich 39 (2,1%) aus eingewanderten Familien. Auch in den 77 deutschen Großstädten mit mindestens 100.000 Einwohnern, wo im Durchschnitt ca. ein Viertel der Einwohner einen Migrationshintergrund hat, stellen die Migranten im Jahr 2011 lediglich 198 von 4670 Ratsmitgliedern (4,2%). 2006 waren es erst 116 (vgl. Geißler 2014, 294 f.).

4. Resümee und Perspektiven

Zusammenfassend lässt sich zur Entwicklung von Migration und Integration festhalten: Deutschland ist auf dem holprigen Weg von einem Gastarbeiterland über ein Zuwanderungsland wider Willen zu einem modernen Einwanderungsland ein erhebliches Stück vorangekommen.

Es ist sicher, dass die Anteile der Menschen mit Migrationshintergrund weiter zunehmen werden. Bereits die jüngere Altersstruktur der hier lebenden Migranten macht diese Zunahme vorhersehbar. Hinzu kommen weitere Zusammenhänge mit der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung: Deutschland ist wegen der niedrigen Geburtenraten, der Alterung seiner Bevölkerung und dem damit verbundenem Schrumpfen seines Arbeitskräftepotenzials aus demografisch-ökonomischen Gründen auf weitere zusätzliche Einwanderer angewiesen. Die meisten Berechnungen und Schätzungen gehen davon aus, dass in den kommenden Jahrzehnten etwa 200.000 weitere Einwanderer pro Jahr erforderlich sind (SVR 2011, 22ff.). Die deutsche Politik, aber auch die

deutsche Gesellschaft sowie die Migranten und ihre Organisationen stehen also vor der Aufgabe, die Integration der Einwanderer weiter voranzutreiben und den eingeschlagenen Weg zu einer angemessenen Teilhabe der Menschen mit Migrationshintergrund am wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Leben fortzusetzen.

Anmerkungen

- 1 Statistische Einzelheiten der Entwicklung in der Grafik bei Geißler 2014, 270.
- 2 Einzelheiten bei Geißler 2014, 270.
- 3 Zu den (Spät-)Aussiedlern vgl. Worbs u.a. 2013; ein kurzer Überblick bei Geißler 2014, 282-287.

Literatur

- Bade, K. J. (Hrsg.) 1993: Das Manifest der 60 – Deutschland und die Einwanderung. München.
- Bade, K. J. 1994: Ausländer, Aussiedler, Asyl in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn.
- BAMF 2012 (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Redaktion): Migrationsbericht 2010. o. O.
- BAMF 2014 (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge): Pressemitteilung 18. 7. 2014.
- Basar, C. 2003: Kurden in Deutschland. In: NAVEND (Hrsg.): Politischen und soziale Partizipation in Deutschland. Bonn, S. 77-83.
- Bertelsmann-Stiftung 2009: Zuwanderer in Deutschland. Gütersloh.
- Berry, J. W. u. a. 2006: Immigrant Youth in Transition. Mahwah/Jersey/London.
- BfA 2014 (Bundesagentur für Arbeit): Analyse des Arbeitsmarktes für Ausländer Juni 2014. Nürnberg.
- BMBF 2004 (Bundesministerium für Bildung und Forschung, Hrsg.): Grund- und Strukturdaten 2003/2004. Berlin.
- BMI 1998 (Bundesministerium des Inneren, Hrsg.): Ausländer- und Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn.
- BMI o. J. (Bundesministerium des Innern): Verfassungsschutzbericht 2007. Niestetal.
- Decker, O. u. a. 2012: Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Bonn.
- Egeler, R. 2013: Pressemitteilung 13. 8. 2013.
- Geißler, R. 2010: Die Sozialstruktur Deutschlands. Aktuelle Entwicklungen und theoretische Modelle. Bonn (WISO Diskurs November 2010).
- Geißler, R. 2010a: Mediale Integration von ethnischen Minderheiten. Der Beitrag der Massenmedien zur interkulturellen Integration. In: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Zur Rolle der Medien in der Einwanderungsgesellschaft. Bonn (WISO Diskurs August 2010), S. 8-22.
- Geißler, R. 2014: Die Sozialstruktur Deutschlands. 7. grundlegend überarb. Aufl. Wiesbaden.
- Geißler, R./Weber-Menges, S. 2008: Migrantenkinder im Bildungssystem: doppelt benachteiligt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 49, S. 14-22.
- Haug, S. 2010: Interethnische Kontakte, Freundschaften, Partnerschaften und Ehen von Migranten in Deutschland. Nürnberg.
- Integrationsbeauftragte 2011 (Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Hrsg.): Zweiter Integrationsindikatorenbericht. Paderborn.
- Lagebericht 2005 (6. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland). Berlin (Bundestagsdrucksache 15/5826).
- Meier-Braun, K.-H. 1995: 40 Jahre „Gastarbeiter“ und Ausländerpolitik in Deutschland. In: APUZ B 35, S. 14-22.

OECD 2007: Die OECD in Zahlen und Fakten 2007. o.O.

StBA 2012 (Statistisches Bundesamt): Fachserie 1. Reihe 2.2. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2011. Wiesbaden.

SVR 2011 (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung): Herausforderungen des demografischen Wandels. Wiesbaden.

SVRIM 2010 (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration): Einwanderungsgesellschaft 2010. Jahresgutachten 2010 mit Integrationsbarometer. Berlin.

Venema, M./C. Grimm 2002: Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland. Repräsentativuntersuchung 2001. Offenbach und München.